



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Senatorin für Finanzen
Frau Bürgermeisterin
Karoline Linnert
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Auskunft erteilt
Ina Menzel

Telefon (0421) 361 89451
Fax (0421) 496 2215

E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Internet
www.gesamtpersonalrat.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
9-05

Bremen, 5. November 2010

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur Ausbildungsplanung 2011

Sehr geehrte Frau Linnert,

der Gesamtpersonalrat dankt Ihnen für die Übersendung der Ausbildungsvorlage für den Senat und nimmt in Absprache mit den örtlichen Personalräten Stellung:

Wir begrüßen, dass im nächsten Jahr 28 Inspektoren-Anwärterinnen und -Anwärter der Fachrichtung Allgemeine Dienste eingestellt werden sollen. Gleichzeitig freuen wir uns darüber, dass die theoretische Ausbildung im dualen Studiengang von Hamburg nach Bremen verlagert werden soll. Wir gehen davon aus, dass dieses Ausbildungsangebot für Bewerberinnen und Bewerber dadurch noch attraktiver wird.

Es ist schön, dass mit den vorgesehenen Einstellungen eine Ausbildungsquote von 8,4 Prozent erreicht wird.

Der Gesamtpersonalrat ist gleichwohl besorgt, da die geplanten Ausbildungszahlen nicht ausreichen, um die vielfältigen und qualitativ hochwertigen Aufgaben des öffentlichen Dienstes auch in Zukunft in vollem Umfang wahrzunehmen. Diese Befürchtung wird durch die Rückmeldungen aus den Bereichen bestätigt. Die Planungen reichen bei weitem nicht aus, um den Erhalt und die Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebots entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung, der politischen Vorgaben und der Gesetze vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zu garantieren.

Zu den geplanten Ausbildungszahlen im Einzelnen:

Allgemeiner Verwaltungsdienst

Die Ausbildungszahlen für den mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst gegenüber dem Vorjahr abzusenken und nur noch 22 Ausbildungsplätze anzubieten ist nicht angemessen.

Dienstgebäude
Knochenhauerstr. 20/25
III. Etage
28195 Bremen

Bus/Straßenbahn
Haltestellen Schlüsselkorb/
Am Wall/ Herdentor

Seite 1 von 3
Telefon (Auskunft): (0421) 361 2215

 nach telefonischer Absprache

Die Nachfrage nach diesen speziell für die Verwaltung ausgebildeten Kräften ist deutlich größer. Aus unserer Sicht sollte zusätzlich geprüft werden, einige Ausbildungsplätze, die bisher für die Ausbildung von Kauffrauen/-männern für Bürokommunikation genutzt werden, in Ausbildungsplätze für Verwaltungsfachangestellte umzuwandeln.

Steuerverwaltungsdienst

Wir begrüßen, dass auch 2011 im gleichen Umfang wie im Vorjahr Auszubildende für die Steuerverwaltung eingestellt werden sollen. Nach Rücksprache mit den örtlichen Interessenvertretungen ist allerdings anzunehmen, dass die geplanten Einstellungszahlen nicht ausreichen, um die Abgänge aufzufangen. Der ohnehin im Bundesvergleich sehr niedrige Personalbestand wird weiter sinken, wenn die Ausbildungszahlen nicht erhöht werden. Besonders zu berücksichtigen ist dabei, dass erfahrungsgemäß nur 70 Prozent der eingestellten Auszubildenden später tatsächlich in der Steuerverwaltung arbeiten.

Polizei

Die Entscheidung über die Gesamteinstellungen bei der Polizei in das Jahr 2011 zu verlagern halten wir für falsch. Nach Rücksprache mit den örtlichen Interessenvertretungen sind die vorerst zur Besetzung freigegebenen 49 Ausbildungsplätze für die Polizei Bremen deutlich zu wenig. Damit kann selbst die derzeitige niedrige Personalausstattung nicht gehalten werden. Die im Rahmen der Polizeireform vereinbarte Zielzahl ist so in weite Ferne gerückt. Die Polizistinnen und Polizisten schieben einen Berg von 270 000 Überstunden vor sich her. Wie soll dieser Überstundenberg ausgeglichen werden?

Für die Polizei ist eine gesunde Altersdurchmischung besonders wichtig. Gerade für die Arbeit auf der Straße und in den Spezialeinheiten werden dringend junge Kolleginnen und Kollegen gebraucht. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird es zukünftig schwieriger, genügend geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden. 2011 ist der erste „Doppeljahrgang“ von Abiturientinnen und Abiturienten zu erwarten, dies sollte Bremen wie auch andere Bundesländer nutzen, um die Einstellungszahlen zu erhöhen.

Feuerwehr

Die geplanten 11 Einstellungen bei der Feuerwehr Bremen werden begrüßt, sie sind jedoch nicht ausreichend, um die regelmäßig anfallenden Überstunden bei der Feuerwehr abzubauen. Nach Rücksprache mit den örtlichen Interessenvertretungen ist eine Erhöhung der Zielzahlen, verbunden mit verstärkter Ausbildung zur Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen Feuerwehr mit gesunden, nicht überlasteten Beschäftigten erforderlich. Zusätzliche Bedarfe ergeben sich ebenfalls aus dem Einsatz eines Intensivtransportwagens sowie aus der überfälligen Neuberechnung der Zielzahl mit Berücksichtigung der geänderten Wochenarbeitszeit.

Zur Gewinnung einer ausreichenden Anzahl an qualifizierten Auszubildenden regen wir an, geeignete Maßnahmen zu prüfen. Die Zahlung eines Anwärtersonderzuschlags für diese bereits über einen berufsqualifizierenden Abschluss verfügenden Auszubildenden könnte hierbei ein möglicher Weg sein. Insbesondere Bewerber und Bewerberinnen, die aufgrund familiärer Verpflichtungen auf ein entsprechendes Einkommen angewiesen sind, könnten hierdurch leichter für den Feuerwehrdienst gewonnen werden.

Justizvollzugsdienst

Der Gesamtpersonalrat hält es für falsch, dass in diesem Jahr im Justizvollzug nicht ausgebildet werden soll. Die Arbeit im Justizvollzugsdienst ist mit besonderen gesundheitlichen Belastungen verbunden. Dies wird auch durch die hohe Zahl an vollzugsdienstuntauglichen Beschäftigten untermauert. Bei der Personalbemessung muss diese Zahl berücksichtigt

werden. Eine kontinuierliche Ausbildung sichert den Nachwuchs für diesen Beruf und ist im Interesse des Justizvollzugs und der Beschäftigten.

Übernahmegarantie bei Eignung („Bedarfsberufe“)

Wir sprechen uns weiterhin dafür aus, dass in den „bedarfsbezogenen“ Ausbildungsgängen den Bewerberinnen und Bewerbern bei den Vorstellungsgesprächen die Absicht signalisiert wird, sie bei Eignung in ein anschließendes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. Die Nachwuchskräfte - das zeigt die Praxis - müssen aus Bedarfsgründen sowieso übernommen werden. In der Senatsvorlage sollte noch deutlicher werden, dass gegenüber den Bewerberinnen und Bewerbern damit geworben werden wird, dass eine Übernahme bei Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen beabsichtigt ist. Dadurch wird die Attraktivität des Ausbildungsangebots erhöht.

Sonstige Ausbildungsgänge/Ausbildungsberufe

Wir begrüßen, dass die bisherige Bezeichnung „Nicht-bedarfsbezogene Ausbildungsgänge“ in diesem Jahr aufgegeben worden ist. In vielen Tätigkeitsbereichen werden die Ausgebildeten zur Deckung des Personalbedarfs benötigt. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich in den kommenden Jahren aufgrund der Altersstruktur noch verstärken. Wir gehen davon aus, dass es sich bei vielen dieser Berufe um „Bedarfsberufe“ handelt.

Dienstvereinbarung Ausbildung/Ausbildungskommission

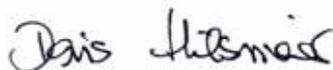
Ein wichtiges Anliegen konnten wir seit der letzten Ausbildungsplanung verwirklichen: Wir haben die Dienstvereinbarung Ausbildung inzwischen gemeinsam abgeschlossen und mit Leben gefüllt. In der Ausbildungskommission wurden neben der Erörterung der Bedarfsprognosen und der Ausbildungsplanung auch konkrete Probleme diskutiert. Ein Diskussionspunkt war dabei die Frage, wie mehr Ausbilder und Ausbilderinnen gewonnen werden können. Hierzu wird es noch weitere Anstrengungen des Senats bedürfen. Wir haben auf die Klagen von Ausbilderinnen und Ausbildern hingewiesen, dass die Auszubildenden krank zur Arbeit kommen – aus Angst, sonst nicht übernommen zu werden. Aus diesem Grund sollen geeignete Maßnahmen zur Umsetzung des Gesundheitsmanagements für Auszubildende entwickelt und durchgeführt werden.

Marketing für Ausbildung im öffentlichen Dienst

Die im letzten Jahr begonnene ressortübergreifende Ausbildungskampagne ist auch aus Sicht des Gesamtpersonalrats eine Chance, gut qualifizierte Nachwuchskräfte für den bremsischen öffentlichen Dienst auch und insbesondere aus dem Kreis der Migrantinnen und Migranten zu gewinnen. Der Gesamtpersonalrat beteiligt sich gerne an der Weiterentwicklung von Maßnahmen, um Bremen zu einem für potenzielle Bewerberinnen und Bewerber attraktiven Arbeitgeber zu machen.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme dem Senat zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen



Doris Hülsmeier
Vorsitzende